

Stettiner Zeitung.

Nr. 264.

Freitag, 11 November

1871.

Preis der Zeitung auf der Post vierteljährlich
15 Sgr., in Stettin monatlich 4 Sgr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 8. November.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mitteilungen.

Die 6. Abtheilung hat die Wahl v. Kehlers (Düsseldorf) geprüft und für gültig erklärt.

Die erste Nummer der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Antrags Büsing auf Annahme des vorgeschlagenen Gesetzentwurfes, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten.

Abg. Greil kann nicht unterlassen, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und bei der großen Tragweite desselben für Süddeutschland einige Bemerkungen zu machen, wenngleich der Antrag nur gegen Mecklenburg gerichtet ist. Mißstände seien dort allerdings vorhanden, aber der mecklenburgische Minister habe Verbesserungen in Aussicht gestellt, und das sei erfreulich. Keinesfalls gehe aus den mecklenburgischen Verhältnissen allein die Notwendigkeit hervor, den Antrag anzunehmen. Der Antrag sei aber allgemein gehalten, und das führe zur Revision der deutschen Verfassungen, womit bedenkliche Schwankungen verbunden sein würden. In Süddeutschland sehe man Verfassungsänderungen als etwas wichtigeres an, als der Antrag voraus sieht, und das sei namentlich in Bayern der Fall, wo man schwer daran geht, etwas an der Verfassung, an den Grundgesetzen zu ändern. Das würde sich mit dem Antrage anders stellen, und zwar zum Nachtheile der festen Grundlagen. Der Antrag sei eben nur ein weiterer Schritt, um das Ziel, den Einheitsstaat in Deutschland herzurichten, zu erreichen. Dieses Ziel entspreche aber nicht dem Volksbewußtsein, das Anstreben bringe Unsicherheit hervor, fördere die Umsturzversuche des Bestehenden. In Frankreich hätten die Unifizierungsversuche alle diese traurigen Folgen gehabt, und solche Folgen könnte die Annahme des Antrages im Vordergrund stellen. Im Interesse des deutschen Volkes, des Staats- und Reichslebens werde er gegen den Antrag stimmen.

Abg. Russell findet den Antrag sehr annehmbar; man dürfe dem mecklenburgischen Volke allein die Vorderung, an der Feststellung des Haushalts Theil zu nehmen, nicht vorenthalten. Nur wenn die kleinen Staaten den Ideen der liberalen Gesetzgebung folgen, können sie ein Muster für die größeren Staaten sein. Folgten sie anderen Vänen, so würden sie bald vom Schauspiel verschwinden.

Abg. Römer ist mit dem Ziele des Antrages vollkommen einverstanden, aber er bestreitet dem Reiche das Recht, in die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten einzutreten. Das wäre eine ihm bedenkliche Kompetenzerweiterung des Reiches, und deshalb werde er mit Nein stimmen.

Abg. Bebel: Ich bin heute in der Lage, mit den Herren von der Rechten gegen den Antrag zu stimmen, aber aus anderen Gründen natürlich, was selbstverständlich das Organ des Reichskanzlers nicht abhalten wird, die Association der Schwarzen und Rothen auch in diesem Punkte zu erklären. Früher hätten wir für den Antrag gestimmt, weil wir uns sagten, daß bei einer konstitutionellen Verfassung in den Kleinstaaten eine frivole Bewegung gegenüber den militärischen Gelüsten gestattet war. Indessen diese Umstände haben sich in den letzten Jahren bedeutend verändert. Mit Gründung des norddeutschen Bundes und besonders mit der des deutschen Reiches ist jedes selbstständige Handeln anderer Staaten vernichtet. Heute sind die Kleinstaaten nur noch die Polizei für Preußen. Jetzt, wo die Gesetze in Bezug auf Vereinsrecht in einer solchen Weise gegen uns ausgebeutet werden, ist der Nimbus der Liberalität von den Kleinstaaten verschwunden. Heute ist es uns gleichgültig, ob der Reichskanzler sie alle heut oder morgen in die Tasche steckt, und es ist uns sogar lieber, wenn dies geschieht, weil sich die Widerstandskraft dann auf einen Hauptgegner konzentriert und damit die Möglichkeit gegeben wird, eines Tages mit dem einen tabula rasa zu machen. Meine Herren, Sie sehen, daß ich offen bin (Schallendes Gelächter).

Meine Herren, also diese angeführten Gründe haben wir heute nicht, es sind andere, die uns bewegen, gegen den Antrag zu stimmen. Auch aus materiellen Gründen stimme ich gegen den Antrag. Derselbe ist so vorzüglich gefaßt, daß man alles mögliche hineinlegen kann. Würde derselbe auch angenommen, so sei damit noch nicht ausgemacht, daß die Mecklenburger im Liberalismus den anderen voraus sein würden. Sie hätten preußisch-kleinstaatliche Zustände mit dem erbärmlichen preußischen Wahlgesetz, oder mit dem sächsischen Wahlrecht, mit dem man dem Volke nur Sand in die Augen streut. Was man in Sachsen Volksvertretung nennt, ist, Deutsch gesagt, Schwund. Was hat es denn überhaupt mit den Volksvertretungen für eine Bewandtniß? Man macht dem Volke weiß, so eine parlamentarische Versamm-

lung sei allmächtig. Der Liberalismus wendet Alles auf, diesen Glauben zu stärken, darum will er auch kleine Beschlüsse fassen, von denen er weiß, daß der Bundesrat ihnen nicht bestimmt, damit der Glauben von der Allmacht nicht schwinde. — Seit 1866 ist die Macht der Regierung der Volksvertretung über den Kopf gewachsen, darum hat auch der Liberalismus die frühere Initiative aufgegeben und sich in die Defensive zurückgezogen. Herr Lasler sagt, eine starke Regierung sei nicht im Gegensatz zur Freiheit; das ist falsch. Freiheit und starke Regierung sind und bleiben Gegensätze. Die deutsche Reichs-Verfassung ist die reaktionärste von der Welt, mit ihr kann jeder Minister regieren, aber das ist dann der reine Cäsarismus.

Präsident Simson: Ich bitte den Redner, nicht in dieser Weise von der Verfassung des deutschen Reiches zu reden; ich werde sonst das Haus auffordern, mich zu autorisieren, dem Redner das Wort zu entziehen.

Abg. Bebel: Herr Präsident, ich hoffe, daß es jedem Abgeordneten frei steht, seine Meinung frei zu äußern. Es ist dies die einzige Stelle, wo dies geschehen kann. Ich muß, wenn ich beweisen soll, daß der Antrag nichts ist, es beweisen an den bestehenden konstitutionellen Zuständen.

Präsident Simson: Darauf erwidere ich, daß jede Meinung innerhalb der Schranken der Geschäftsordnung bleiben muß. Ich habe den Redner mit guter Absicht an die leichten Grenzen der Redefreiheit gehen lassen. Wenn er sich aber einbildet, daß das Freiheit ist, gar keine Schranken zu halten, so irrt er sich und er wird diesen Irrthum bald einsehen. Ich werde nicht dulden, daß die Verfassung, unter der wir leben, in dieser Weise zum Gegenstand von Schmähungen gemacht wird.

Abg. Bebel: Herr Präsident, ich habe nicht schärfere Kritik geübt, als zur Konfliktszeit von liberaler Seite gegen Herrn v. Bismarck.

Der Präsident: Heut bin ich aber Präsident und Sie wissen, daß ich meine Macht ausüben kann.

Abg. Bebel, nachdem er ein Wort des Parlamentarismus seit 1866 aufgerollt, fährt fort: in den 20 Jahren Parlamentarismus sind die Steuern mehr gewachsen als zur Zeit des Absolutismus, sind die Militärlasten gestiegen. Die Verfassungen sind das Stück Papier nicht wert, auf welchem sie geschrieben sind.

Präsident: Ich nehme im Interesse des Abgeordneten an, daß er hiermit nicht die Reichsverfassung gemeint hat, sonst würde ich sofort die Autorisation erbitten, ihm das Wort zu entziehen. Ich fordere eine ausdrückliche Erklärung von ihm.

Abg. Bebel: Ich habe von Verfassungen im Allgemeinen gesprochen und ich muß gestehen, daß ich auch die Reichsverfassung gemeint habe.

Präsident: Ich frage das Haus, ob ich nun nicht dem Abg. Bebel das Wort entziehen soll und bitte Diejenigen, welche dies wollen, aufzustehen. (Eine große Majorität erhob sich, die Linke bleibt sitzen.) Das Wort ist dem Redner entzogen.

Abg. Bebel: Herr Präsident, ich . . .

Präsident: Das Wort ist Ihnen entzogen.

Abg. Lasler: Wer die Kommune verherrlichte wie es Vorredner thut, wer die Macht, die rohe Gewalt über das Gesetz stellt, ist ein Feind des Gesetzes, und sein böser Wille muß unterdrückt werden. Das deutsche Volk aber ist stark und gerecht genug, die Auschreitungen einiger Phantasten zu ernst zu nehmen. Niemals hat die deutsche Volksversammlung Führer von den Regierungen bekommen. Die Entwicklung geht vorwärts; eine Annäherung greift allerdings schon Platz zwischen den Anschaulungen der Regierung und der liberalen Seite. Mögen doch Diejenigen, welche außerhalb unseres gemeinsamen Arbeitsfeldes hier stehen, ihre Reden so einrichten, daß man an ihren Ernst glaubt und vergibt, wie sie die rohe Gewalt über das Gesetz stellen wollen. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Die Diskussion wird geschlossen.

Zur persönlichen Bemerkung ergriff das Wort der Abg. Bebel: Der Abg. Lasler hat eine Reihe von persönlichen Bemerkungen gegen mich gemacht, die ich entschieden zurückweise. Zunächst muß ich sehr bedauern, daß mich der Abg. Lasler fortwährend als Phantast bezeichnete. Ich bin so wenig Phantast wie er. — Ich habe nicht gesagt, wir hätten die Majorität des Volkes hinter uns, das Volk stehe hinter uns; denn wenn dies der Fall wäre, so säßen Herr Lasler und seine Freunde nicht hier. Der Abg. Lasler sagt, wir hätten in unserer Versammlungen Gewalt gepredigt. Das ist eine Denunziation an die Polizei Preußens. — Was der Abg. Lasler über die Kommune gesagt hat, wird sich später als Unwahrheit erweisen.

Abg. Lasler: Ich konstatiere, daß Redner hier das Programm verkündet hat, die Politik sei für

nur eine Frage der Gewalt; die angebliche Denunziation ist eine Insinuation, die mich gleichzeitig läßt.

Die Schlussbemerkungen des Abg. Wiggersen dem Abg. Bebel Anlaß zu erneuter persönlicher Bemerkung; Minister v. Bülow greift in die Neufragen ein, und hiermit ist die Diskussion wieder eröffnet; sie wird aber sofort wieder geschlossen. Eggers und Bebel machen nochmals persönliche Bemerkungen, worauf der Antrag mit großer Majorität angenommen wird.

Es folgt der erste Bericht der Petitions-Kommission, betr. eine Petition der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, dahin gehend: „der Reichstag wolle di Bundesrath empfehlen, Schritte zu thun, daß si die Zukunft jede Außercourssetzung von Papieren a den Inhaber im Wege der Reichsgesetzgebung für ungültig und unwirksam erklärt werde.“

Abg. Braun hält den Antrag für nicht so unbedeutlich, als er prima vista erscheine. Nicht nur da preußische Landrecht, sondern auch die Gesetzgebung der meisten kleinen Staaten lasse es zu, daß die Eigentümer eines Inhaberpapiers sein Recht dann durch seinen Namen auf dem Instrument selbst vereife und dasselbe dadurch außer Cours setze;

die Einrichtung, die Niemandem einen Zwang aufwerfe und von Behörden, wie Privaten benutzt werde, um sich vor Verlusten durch Diebstahl, Unterschlagung ic. zu sichern, besthe seit langen Jahren, sei durch das Bundesgesetz vom 5. Juni 1869 noch neuerdings bestätigt und habe noch niemals zu Unzuträglichkeiten Veranlassung gegeben. Der Börsenverkehr werde allerdings durch Inhaberpapiere erleichtert, dieser Gedanke könne jedoch für den Eigentümer nicht maßgebend sein, und wenn er es seinen Interessen für entsprechender halte, das Inhaberpapier in den Papieren auf Namen umzuwandeln, so dürfe man ihm diese Freiheit nicht beschränken. Jedenfalls könne diese res severa nicht auf dem Wege eines Gehgenbeits-Gedichts erledigt werden (Heiterkeit); dies würde aber geschehen... der Reichstag fügt nun einer bestimmten Seite entschieden und den Bundesrath aufforderte, zu prüfen, ob die Außercourssetzung nicht zu beseitigen sei. Redner beantragt deshalb prinzipieller, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, event. die Worte „ob und“ in dem Antrage des Referenten zu streichen.

Abg. Bamberger sieht in dem Antrage nur die Aufforderung zu einer einheitlichen Regelung der Frage. Es sei nothwendig, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob eine bloße Aufschrift des Namens genügen könne, ein au porteur lautendes Papier außer Cours zu setzen. Eine solche Aufschrift des Namens werde sehr oft auch auf Thalerscheine gesetzt, habe dann aber keine andere Bedeutung als: „Trennung ist unser Loos, Wiederschein unsere Hoffnung.“ (Heiterkeit).

Die Petition wird unverändert angenommen.

Der Antrag Lasler betr. die Ausdehnung der Kompetenz der Reichsgesetzgebung auf das gesamte bürgerliche Recht wird von der heutigen Tages-Ordnung ab auf die der nächsten Sitzung gesetzt; sodann der Form der namentlichen Abstimmung abändernde Vorschlag v. Urry's nebst dem Zusatz von Hoverbeck, daß bei einer Differenz von weniger als 10 Stimmen jedes Mitglied die namentliche Abstimmung verlangen darf, wird an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen.

Endlich geht das Haus zur Berathung des Antrages von Granach über: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, daß jeder Landesregierung auf ihrem Antrag und nach Maßgabe des von ihr nachgewiesenen Bedürfnisses sobald als irgend ihunlich, aus den französischen Kriegsentschädigungs geldern, als ein durch Landesgesetz zu verwendender Vorschuß auf den zukünftigen Anteil des betreffenden Staates, die nötigen Beträge zur Verfügung gestellt werden, um daraus diejenigen Summen zu erstatte, welche Kommunalverbände beziehungsweise Einzelstaaten des deutschen Reiches für die Unterhaltung der Familien der Landwehrmänner und Reservisten, auf Grund gesetzlicher Verpflichtung aus Veranlassung des letzten Krieges bereits verwendet haben oder noch aufzunehmen müssen.

Am Schluß des Antrages beantragt Grumbrecht hinzuzufügen: „und um daraus die Mittel zur Verstärkung der sonstigen auf Gesetz beruhenden Kriegsleistungen für sich, beziehungsweise für die Kreise und Gemeinden zu entnehmen.“

Diesen Zusatz modifiziert Akermann, indem er hinter „daraus“ einschaltet: „wenn möglich“.

Präsident Delbrück: Die verbündeten Regierungen sind noch nicht in der Lage, über den vorliegenden Antrag einen bestimmten Beschluß zu fassen; ich halte es indessen für wahrscheinlich, daß die wohlwollende Annahme, die der Antragsteller vom Hause

erwartet, auch bei der Regierung gesichert sein wird. (Beifall.)

Nach einer nochmaligen Befürwortung des Antrages Granach durch den Abg. Graf Bethuß-Huc wird das Amendment Akermann abgelehnt und der Antrag Granach zugleich mit dem Zusatzantrag Grumbrecht vom Hause angenommen.

Nach Erledigung einiger auf dieselbe Materie bezüglichen Petitionen wird die Sitzung 4½ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag den 9. November 12 Uhr. Tages-Ordnung 1) Einführung der Gewerbeordnung in Württemberg und Baden. 2) Staats-Ueberschreitungen. 3) Antrag Lasler wegen Kompetenzerweiterung des Reiches auf das gesamte Reichsgebiet. 4) Berathung des Reichshaushaltsets.

Deutschland.

** Berlin, 8. November. Der Kaiser ist vorhin — 2 Uhr etwa — auf hiesigem Hamburger Bahnhofe von den Hofjägern in Mecklenburg in erwünschtestem Wohlsein wieder hier eingetroffen. Der Rückkehr des Reichskanzlers aus Pommern wird hier für morgen entgegesehen.

Berlin, 8. November. Ueber die rumänische Eisenbahnangelegenheit bringt die „Prov.-Korr.“ folgenden halböffentlichen Artikel:

Die Angelegenheit ist auf vielfaches dringendes Ansuchen neuerdings von zwei der bedeutendsten Berliner Bankhäuser, im Einvernehmen mit den zur Wahlung der Rechte der Obligationshaber gebildeten Comités zu Breslau, Berlin und Wien in die Hand genommen worden. Eine befriedigende Regelung der Angelegenheit hat sich nur auf dem Wege der Bildung einer Aktiengesellschaft, der Verständigung derselben mit der rumänischen Regierung und den bisherigen Koncessionären, endlich der Übertragung der rumänischen Bahnen auf eine große österreichische Eisenbahngesellschaft in Aussicht nehmen lassen. Die Einleitungen zu dieser Erledigung der Angelegenheit sind durchweg getroffen. Dieselben können jedoch nur erfolgen, wenn der weitaus überwiegende Theil der Inhaber von Obligationen sich denselben anschließt. Dieselben sind demzufolge aufgefordert, ihre Obligationen bis zum 12. d. M. (durch die in allen großen Blättern bekannt gemachten Banks) einzusenden, woraus irgend welche Kosten nicht erwachsen.

Da durch die früheren verlorenen Ankündigungen auch viele Familien von beschränkten Verhältnissen ihr Vermögen in den erwähnten Obligationen angelegt haben, so erscheint es im Interesse derselben geboten, allseitig darauf aufmerksam zu machen, daß der jetzt dargebotene Weg allein geeignet sein dürfte, ihnen wenigstens einen größeren Theil ihres Besitzes zu retten, daß sie sich daher beeilen mögen, denselben vor Ablauf obigen Termins zu betreten.

Hieraus ist zu entnehmen, daß die Annahme, als würde die Regierung auf diplomatischem Wege bessere Bedingungen erreichen können, jedes Grundes entbehrt.

Köln, 8. November. In der heute stattgehabten Stadtverordnetenwahl der dritten Steuerklasse brachte die liberale Partei ihre sämtlichen vier Kandidaten gegen die Ultramontanen durch.

Dresden, 8. November. Die Großherzogin von Weimar ist mit den Prinzessinnen Maria und Elisabeth, von Heinrichsau kommend, hier eingetroffen und von dem Könige, den Prinzen und Prinzessinnen am Bahnhofe empfangen worden. Die hohen Herrschaften haben im Residenzschloß Wohnung genommen.

Ausland.

* Wien, 7. November. Von Mund zu Mund fliegt heute die inhaltschwere Nachricht, Graf Beust habe abgedankt, Andrássy übernimmt an seiner Stelle die Reichskanzlerschaft und Lónyay das ungarische Ministerpräsidium. Die öffentliche Aufmerksamkeit war in den letzten Tagen so vollständig von den Vorgängen im cisalpinischen Ministerium abhängt, daß man dem, was sich unterdessen ganz im Stillen im Reichskanzleramt abspielt, vollkommen fremd blieb. Die Glaubwürdigkeit der Nachricht wird zwar noch vielfach angezweifelt, allein auf Grund ganz verlässlicher Informationen bin ich in der Lage, dieselbe als durchaus begründet hinzustellen. Die Ursachen des auffälligen Ereignisses sind verbürgter Maßen folgende: In jenem Ministerrat, welchem auch der Kaiser, Graf Beust, Andrássy und Lónyay anwohnen, und welcher den Sturz Hohenwart's entschied, hatte der Reichskanzler mit großer Entschiedenheit und nicht ohne Bitterkeit darauf hingewiesen, daß die innere österreichische Politik die auswärtige fortwährend durchkreuzt, und daß es ihm unter solchen Umständen ganz unmöglich sei, der Stimme Österreichs im Auslande Gewicht zu verschaffen. Graf Beust hatte während seiner Auseinandersetzungen einige gezeigte Bemerkungen fallen lassen, die der Kaiser Urache hatte, auf sich selbst zu beziehen. Obwohl die

Beust-Androssy'schen Vorschläge angenommen, Hohenwart und seine Genossen gestürzt wurden, so war man dem Reichskanzler doch seit jenem Tage an allerhöchster Stelle gram; dazu kam, daß Hohenwart trotz allem ein Liebling des Monarchen blieb. Er sowohl als ein hoher geistlicher Würdenträger wußten, nachdem die Entscheidung schon gefallen, Bedenken darüber wachzurufen, ob das Geschehene auch wohl das Zweckmäßige sei, und den Grafen Beust als denjenigen hinzustellen, der Österreich von einem gefährlichen Experimente zum anderen treibe. Die heutigen Zweifel fielen auf fruchtbaren Boden und das Ende der Sache war, daß man dem Grafen Beust durch eine Vertrauensperson bedeutete, er würde wohl daran thun, wenn er sein Entlassungsgebot einreichte. Natürlich säumte dieser nicht, es zu thun, und da er zugleich Kunde von den gegen ihn heimlich eingetreteten Machinationen erhielt, eine Kunde, die ihn tief empören mußte, so fügte er seinem Entlassungsgebot die mündliche Erklärung bei, daß er unter allen Umständen auf die Annahme desselben bestehen müsse. Graf Beust soll so tief verletzt sein, daß er sich zum Ausbarren auf seinem Posten selbst dann nicht entziehen würde, wenn man sich an maßgebender Stelle im letzten Augenblick noch eines Besseren befinnen und die Annahme der Demission verweigern sollte. Große Bestürzung rief das unerwartete Ereignis bei Kellersberg hervor; er soll augenblicklich schwanken, ob er nicht doch noch das ihm übertragene Mandat ablassen könnte. Kellersberg hat sich der Aufgabe, ein neues Ministerium zu bilden, im Bewußtsein seiner Übereinstimmung mit Beust unterzogen; indem dieser fällt, schwindet auch jenem der Boden unter den Füßen. Allein daß Kellersberg dem Monarchen sein Programm und die Ministerkandidatenliste vorgelegt hat, ist ein Rücktritt mit Schwierigkeiten verbunden.

Wien, 8. November. Ueber das vom Grafen Beust eingereichte Entlassungsgebot schreibt die „Neue Fr. Pr.:“ Während wir von Stunde zu Stunde die endliche Bildung des Ministeriums Kellersberg erwarteten, ist eine neue Krise eingetreten, die nicht ohne Einfluß auch auf die Konstituierung des cisleithanischen Ministeriums sein kann. Der Reichskanzler Graf Beust hat seine Entlassung erbettet. Graf Beust hat seine Demission nicht spontan gegeben, sondern erst erbettet, nachdem ihm der Wunsch nahegelegt worden, und da ihm sachliche Motive nach dem Verlaufe der Krise nicht bekannt geworden, so erübrigte ihm nichts Anderes, als das Gebot mit dem Hinweise auf seinen erschütterten Gesundheitszustand zu motiviren. Die Annahme ist also gewiß, und wir hören, daß auch bereits Reichsfinanzminister Lonyay nach Pesth gegangen ist, um die Minister-Präsidentenschaft dort zu übernehmen und mit dem Grafen Andrássy zu konferieren, der zum Minister des Neuzehn ausersehen ist. Die Lonyay'sche Kandidatur wird bei der Deakpartei und, wie wir zu wissen glauben, namentlich bei Deak selber auf starren Widerspruch stoßen, indes schwerlich daran scheitern.“ — Die „Presse“ theilt, indem sie jede Bürgschaft ablehnt, die ihr in später Nachtstunde zugegangene Nachricht von dem Entlassungsgebot Beust's mit und fügt hinzu, daß Graf Beust sich als Botchaster nach London begeben werde; zu seinem Nachfolger sei Graf Andrássy ausersehen, während Graf Lonyay ungarnischer Ministerpräsident werden solle.

Wien, 8. November. Sicherem Vernehmen nach wird auch der Kabinettsdirektor des Kaisers, Staatsrat Baron v. Braun, von seiner Stellung zurücktreten.

Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt in ihrem amtlichen Theil eine Kaiserliche Entschließung, wonach Graf Chotek von dem Statthalterposten in Böhmen auf seine Bitte in Gnaden erhoben wird.

Wien, 8. November. Graf Andrássy ist heute Nachmittag von Pesth hier eingetroffen. Von einer Kandidatur des Baron Hübner für das Vortreueille der auswärtigen Angelegenheiten ist an maßgebender Stelle durchaus nichts bekannt.

Bon verschiedenen Seiten werden hier Kundgebungen vorbereitet, um dem abtretenden Reichskanzler Sympathien und zu geben.

Die „Presse“ meldet: Graf Andrássy trifft heute hier ein; derselbe hat das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angenommen. Slavy führt interimistisch den Vorsitz im ungarischen Ministerrat. Dem Grafen Beust wurde die schriftliche Entlassung bis jetzt noch nicht zugestellt. Frhr. v. Kellersberg ist Gehrs Verhandlungen mit den deutschen Autonomisten nach Graz abgereist.

Prag, 8. November. (Landtagssitzung.) Der Leiter der Statthalterei erklärt in einer Ansprache, es sei das Streben der Regierung, den inneren Frieden wiederherzustellen, sowie die Macht Österreichs zu festigen, und fordert den Landtag auf, im Geiste des verhältnißlichen Charakters des Königlichen Rechtsritores vorzugehen und die Wahlen für den Reichsrath vorzubereiten. Hierauf erstattete Fürst Schwarzenberg Namens der Dreißiger-Kommission Bericht, worauf der Antrag, die Vornahme der Wahlen für den Reichsrath abzulehnen, einstimmig angenommen wird. Der Oberstlandmarschall wird beauftragt, den abgetretenen Statthalter Graf Chotek den Dank des Landtags darzubringen und wird der Landtag mit einem dreimaligen Slava auf den König geschlossen.

Bern, 8. November. Der Bundesrat hat den diesseitigen Gesandten in Paris beauftragt, Unter-

handlungen über einen Handels- und Niederlassungs-Vertrag mit der dänischen Regierung anzuknüpfen. Amsterdam, 8. November. Die General-Vern New-York und Minnesota dürften die Republikansammlung der „Niederländische Handelsmaatschappij“mer die Majorität in der Legislative auch ferner hat fast einstimmig den Geschluß gefaßt, den Gesellshaupten, dagegen sollen in ersterem Staate die Deutschenvertrag für eine Periode von weiteren 25 Jahren raten bei den Wahlen der Staatsbeamten und des 1. Januar 1875 ab gerechnet, fortlaufend Gouverneurs gesiegelt haben.

Paris, 8. November. Graf Harcourt fehrt heute nach Rom auf seinen Gesandtschaftsposten in Vatikan zurück. Bezüglich einer Vereinigung der bischöflichen Kommunen (namenlich auch die hiesige) herigen zwei französischen Gesandtschaften in Rom zu den Reichstag Petitionen wegen Erstattung ihrer einer einzigen versichert die „Agence Havas“, dagegen keinen Kriegsleistung en gerichtet. Nach dem am Status quo Nichts geändert werden würde jetzt vorliegenden Bericht der Petitionskommission gab Hierfür spricht auch das Gerücht, daß Gouard alsn derselben der Vertreter des Bundesrats, Geh. Reg. Gouverneur am italienischen Hofe beglaubigt werden geringer Steinmann, folgende wichtige Erklärung. — Das Gerücht, Picard sei für den Gouverneur ab: — Das Gerücht, Picard sei für den Gouverneur ab:

Stettin, 9. November. Bekanntlich haben verhandelt, welche die unverheilte Ida Jacobson aus Elbing dadurch begangen, daß sie in der Zeit vom 20. Mai bis 1. Juni d. J. verschwunden hiegen Läden auf Grund von ihr gefälschter Verlangtelle Gegenstände entnommen, resp. zu entnehmen versucht. Nur in 3 Fällen geständig, wurde sie auch im vierten Falle durch die Zeugen überführt und, unter Zubilligung mildernder Umstände in 3 Fällen, unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft zu 1½ Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Gestern Abend kurz nach 11 Uhr geriet eine Müllgrube des Hauses Schulzenstraße Nr. 6 in Brand. Der schnell herbeigeeilt in Feuerwehr gelang es, das Feuer mit einigen Eimern Wasser zu dämpfen.

Auf Veranlassung eines höheren Offiziers erfolgte gestern die Verhaftung des angeblichen Dr. med. Gustav P. aus Königsberg, welcher im letzten Kriege als stellvertretender Bataillonsarzt fungirt haben will, wegen Bettelns und Landstreichens.

Daber, 8. November. Heute hat die Einführung des Bürgermeisters Helgner, bisherigen Kämmerers in unserer Nachbarstadt Freienwalde, hier selbst stattgefunden. Wir hoffen, in Herrn Helgner einen tüchtigen Bürgermeister zu erhalten. Derselbe ist niemals, wie vor einigen Tagen die „Oderzeitung“ nach einem Artikel aus d. m. „Gollnow“ berichtet, Kandidat der Theologie gewesen. Der erwähnte Artikel läßt die Stadt Daber über einen Vorfall bei der Wahl des Bürgermeisters in eine allgemeine Aufregung gerathen. Ein Sender, der keineswegs das Leben eines Einsiedlers führt, hatte bisher von einer solchen Aufregung nichts bemerkt, erst nachdem er den Artikel in der „Oderzeitung“ gelesen hatte, zog er über den Vorfall selbst und die „angebliche Aufregung“ Erkundigungen ein. Die Sache kam darauf hinaus, daß ein ganz unverfänglicher, bedeutungsloser Umstand sehr entstellt durch den „Gollnow“ berichtet war. Ueberhaupt ist es merkwürdig, daß man in unserer kleinen Stadt auch sonst vor Vorgängen, die sich hier zugetragen haben sollen, erst durch die Zeitungen Kenntnis erhält. So erfuhr man vor einiger Zeit durch mehrere Zeitungen, daß in einem See bei der Stadt die Leiche ei es neugeborenen Kindes gefunden sei, um den Hals sollte dem Kind ein Strick gebunden und an diesem ein Stein befestigt sein. Ueber eine so entzückliche That wurde der Stadt ein allgemeiner Unwill entkrokt. Die interimsistische Polizeibörde, welche seit dem Abgang des früheren Bürgermeisters ihr Amt mit großer Umsicht und Energie verwaltet hat, wußte von dem Kindsmorde nichts, hatte auch keinen allgemeinen Unwill wahrgenommen. Sie forchte jedoch auf Grund des Zeitungsartikel genauer nach und es ergab sich, daß die ganze Sache eine reine Erdichtung war. Der ganz ehrenwerthe Berichterstatter war an dieser Erdichtung selbstverständlich unschuldig.

Theater-Nachrichten.
Stettin. (Stadttheater.) Bereits die dritte literarische Novität war es, welche gestern Abend über unsere Bühne ging. Das Jahr scheint mithin an neuern und man darf auch wohl sagen an besseren dramatischen Dichtungen ziemlich fruchtbar zu sein. Wenigstens zeigt sich auch in dem gestern aufgeführten neuen Lustspiel von Otto Girndt „In einem Garten vor dem Thore“ eine nicht ungeschickte Hand. Klamentlich ist die ganze Anlage des Stückes dem Verfasser gelungen, die es, wenn auch nicht gerade zu einem spannenden, so doch zu einem interessanten und durch das kleine Mitverständnis der Mutter an komischen Situationen sehr reichhaltigen Lustspiele macht. Weniger Gutes läßt sich über den Dialog sagen, die Sprache ist fein, entbehrt dafür aber auch des tiefen und schlagenden Wises, wie er uns in dem andern Stücke „Deutscher Krieg“ so schön entgegen trat. In der Aufführung gehörte Fr. Denkhause als Leontine der Preis. Ihr munteres und naives Spiel wurde nur durch eine nicht überall gleich deutliche Aussprache beeinträchtigt. Auch Fr. Heller als Frau von Busse genügte allen Anforderungen, wogegen Fr. Roth als Wanda zu hellnahmlos und kalt erschien. Herr Helle war ein prächtiger Ulanenoffizier und ebenso Herr Anders ein vorzüglicher alter Bankier. Herrn Knorr (Reinhold) fehlte es noch an Gewandtheit. Herr Wiesner und Herr Barth (Hinze und Johann) befriedigten in ihren Rollen.

Zu der am Freitag stattfindenden Schillerfeier, an der auch endlich das Schiller-Denkmal in Berlin enthüllt werden soll, bereitet die Direktion eine große Festvorstellung vor. Nach der Ouverture zur „Leonore“ von Beethoven wird zunächst ein von Friedrich Tiez gedichteter Prolog gesprochen. Sodann folgt eine Aufführung des Schiller'schen Gedichtes „Würde

des Freiheit“ von Schiller. Der Major vom Generalstab des zweiten Armeekorps v. Petersdorff ist zum Chef des Generalstabes dieses Armeekorps ernannt. v. Brauchitsch, Hauptm. und Komp.-Chef vom 6. pomm. Inf.-Regt. Nr. 49, ist in das Gren.-Regiment König Friedr. Wilh. IV. (1. pomm.) Nr. 2 versetzt. Manger Hauptmann aggr. dem 6. pomm. Inf.-Regt. Nr. 49, als Komp.-Chef in das Regiment einrangiert. — An Stelle des kontrollführenden Kasernen-Inspektor Jäschke, welcher von hier nach Karlsruhe versetzt wurde, ist der Kasernen-Inspektor Blaß von Breslau nach hier versetzt.

Das Post-Dampfschiff „Humboldt“, Capt. P. Barandon, von der Linie des Baltischen Lloyd, ging mit Brief- und Paketpost, sowie 10 Passagieren in der Kajüte, 407 im Zwischendeck und voller Ladung vorgestern via Kopenhagen und Christiansand

Tricot-Unterhemden und
Beinkleider,
gewebte und gewirkte
Strümpfe
zu den billig en Preisen und reell.
bei
W. Johanning,
obere Schulzenstraße 44.

Für Leidende.

Für die seit 30 Jahren bewährte und allgemein bekannte Heilmethode des Professors **Louis Wundram** gegen hartnäckige Krankheiten, namentlich gegen Sitz-, Rückenmäusmus, Magenkämpf, Flechten, Scrofulen, Drüs'en, Husten, Unterleibsbeschwerden, Gieber re. z. können amlich Beglaubigte Zeugnisse eingesehen und das Buch darüber gratis in Empfang genommen werden in Stettin in

Leon Saunier's Buchhandl.
(**Paul Saunier**),
Mönchenstraße 12—13.

J. F. Meier & Co.
Weihnachts-
Ausverkauf
J. F. Meier & Co.

Neues
türkisches Pflaumenmuss,
sehr süß a Pf. 3 sgr., bei 5 Pf. 2½
sgr., bei ganzen Fässern von ca. 3 Cr.
Inhalt billiger empfiehlt

Louis Rose.

Tapisserie-Manufaktur
von
Fischnaller's Erben,
Schulzenstr. Nr. 1.
Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes.
L. Graunke.

Die
Schuh- u. Stiefelsfabrik
von
F. Streblow,
Beutlerstraße 13,
empfiehlt dauerhaft geübte Herren-, Damen- und Kinderstiefel, besgleichen Morgenstücke, Hutschuhe u. Pantoffel jeglicher Art zu den billigsten Preise.

Der große Ausverkauf
über Tapeten, Vorlagen, Rouleaux, Wachs-tach, amerik. Ledertuch u. werden bis zum 1. Januar 1872 zu Auktions-Preisen fortgesetzt bei
Otto Dittmer,
Kohlmarkt 12—13,
1 Treppe hoch.

Beachtenswerth.
Riesengebirgs-Kräutertritter,
bereitet aus den heilhaftesten Kräutern des Riesengebirges, als vorstig & bewährt während der Cholera-Epidemie von 1866, wird erwähnend, belebend und schafft bei einem getöteten Durchfall und Erbrechen sofortige Besserung und Ruhe, 1/4 Flasche — 20 Fr., 1/2 Flasche 10 Fr., 1/4 Flasche 5 Fr., Niederslagen werden errichtet. — Zu haben bei
C. A. Schneider,
Kohlmarkt- u. Louisenstr.-Ecke.

Liebig's chemisch reines Malz-Extrakt, die Flasche 10 Gr.

(Baeum-Bräperat des Apothekers J. Paul Liebig, Dresden)

Vorzügliches und leicht verdauliches ungezogene Extrakt des feinsten Malzes.
Anwendbar bei Hals- und Brustleiden, bei Geschwüre der Kinder als Ersatz des Leberthaus. Dosis 1—3 Eßlöffel, bei Kindern Theelöffel täglich in beliebigem Getränk: Tee, Kaffee, Milch, kohlesaures Wasser u. Chemisch reines Malz-Extrakt (ungezogen) mit Eiern (0,056 im Eßlöffel), dasselbe mit Eiern und Thunfisch (0,056 im Eßlöffel); 1/2 Gl. — 12 Fr., 1/4 Gl. — 6 Fr., dasselbe schwach gehöft und stark gehöft, die Gl. — 10 Fr.

Liebig-Liebig's Nahrungsmittel in 1801. Form, zur Bereitung der Liebig'schen Suppe durch ein saches Auflösen, ohne Kochen, die Gl. — 12 Fr., An 12 Gl. — 1 Gl. Rabatt.

Das General-Depot bei **C. A. Schneider**, Stettin, Kohlmarkt- u. Louisenstr.-Ecke.

Niederlagen: in Stettin bei **H. Lämmerhirt**, Grabow a. O. bei Apotheker **Hoffmann**,

Stralsund bei Apoth. **R. Just**, Bärwalde i. P. bei Carl Faltz, Swinemünde bei Apoth. **Marquardt**, Greifswald i. B. bei **Alexander Gruss**.

Eine große Partie Kleiderstoffe, Robe von 12 Ellen, 1/2 breit, a 1 1/2, 2, 2 1/2 3 bis 6 Thlr.

Damen-Mäntel, Jaquetts, Jacken,

von 4 bis 18 Thlr., von 2 bis 10 Thlr., von 1 1/2 bis 6 Thlr.,

vorjährige Paletots, 4—6 Thlr. unterm Fabrikationspreis,
sämtliche Stoffe u. Gesäze zu Mänteln zum Fabrikpreis.

Adolph Goldschmidt,

untere Schulzenstraße 21.

Die Fabrik und Lager fertiger Wäsche
für

Herren, Damen und Kinder,

von
G. Aren, Breitestraße 33,

bietet bekannt größte Auswahl aller in dies Fach schlagenden Artikeln nach neuesten Modellen, in gediegenster Arbeit und besten Stoffen, besonders auch schön sigende

Oberhemden

in allen möglichen Stoffen.

Bestellungen nach Maß werden sofort bestens ausgeführt.

Auswahlsendungen stehen zu Diensten.

Strenge reelle Bedienung und niedrige Preise sichert

G. Aren, Breitestraße 33,

Großes Lager von

Kleiderstoffen jeder Art,

Gewirkte Long-Chales,

Velour-Chales, Angora-Chales,

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

G. Aren, Breitestraße 33.

Leinenwaren jeder Art

zu ganzen Aussteuern und täglichem Bedarf in Folge früher Bestellungen

zu ganz alten billigen Preisen, und bedeutend unter

heutigen Fabrikpreisen.

G. Aren, Breitestr. 33.

Wöbel-Spiegel- und Polsterwaren-Handlung von
August Müller. Hof-Tapezier
Fr. Kaiserl. Königl. Hofheit des Kronprinzen von Preußen.
Große Domstraße 18.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß in am hiesigen Platze

Hauptmarkt Nr. 2,
im Hause der Löwen-Apotheke,

B. Tradelius

ein
Papier-, Contobücher-, Schreibmaterialien und
Cigarren-Geschäft

errichtet habe.

Preiswerthe Einkäufe und meiner Verbindungen mit den bedeutendsten Fabriken seien mich in den Standen an mein Geschäft zu stellen den Ansprüchen in jeder Weise zu genügen.

Iudem ich mein Unternehmen dem Volkswillen des geehrten Publikums bestens empfehle, verspreche ich

den mich Begehrenden prompte und reelle Bedienung.

Hochachtungsvoll

R. Tradelius.

Theod. Franck'sche

Altthee-Bonbons

Bathing a. Enz (Württemberg),

ein noch nicht übertrifftenes Mittel gegen Husten,

Brustschmerzen, Heiserkeit, Halsbeschwerden

u. s. w., empfehlen in Originalpacken a 4 und 2 Fr.

H. Lämmerhirt in Stettin, Krautmarkt 11.

C. A. Schneider, Kohlmarkt und Louisenstr. Ecke

Eisenbahnschienen

zu Bauzwecken empfiehlt

W. Drever, Breitestr. 20.

Terpentinfreie Klebstärke,

das Pfund 2 Fr.

C. A. Schneider, Kohlmarkt- u. Louisenstr.-Ecke

Unentgeldliche

Kur der Trunksucht.

Ausgeführt nach rationeller Methode und eigener Erfahrung älterer Arzte, zum Wohle der Mitmenschen. Die Kur wird ohne Wiss. u. des Kranken vollzogen. Besällige Anfragen beliebe man vertraulich einzufinden unter der Adresse

W. Kröning,

Berlin, Körnerstr. 17.

Zahnshmerzen jeder Art, wenn die Zahne

holz und gestockt sind, werden angenehm und dauernd durch den berühmten indischen Extrakt befreit. Derfelbe übertrifft, seiner wie fehlenden Wirkung wegen, alle derartigen Mittel, wesbal' er auch von berühmten Arzten empfohlen wird. Gibt zu haben in Gl. a 6 Fr. zum alleinigen Depot für Tempelburg bei H. B. Gützlaff, für Güllow bei Willu. Eisermann

Aqua Saphirina

Unfehlbare, schmerzlose und für die Gesundheit nicht schädliche Heilung in überraschend kurzer Zeit, bei **Ausfluss der Harnröhre** bei Männern, und bei **Weissen Fluss** bei Frauen.

Mayer's

Medicinisch-technisches Central-Bureau,

Berlin, 25, Tieckstrasse 25.

Gegen Einsendung od. Postvorschuss v. 2 Thlr.

DACHPAPPE

Asphalt, Steinkohlentheer u. c. sowie Eindeckungen mit

Holzdach-Cement

übernehmen und empfehlen

L. Haurwitz & Co.

Asphalt- und Dachdeckmaterialien-Fabrik

Comtoir: Grauenstraße 11—12.

Epileptische Krämpfe

(Fallsuch)

heilt brieflich mit einem hundertfach bewährten Mittel

A. Witt,

Lindenstrasse 18. Berlin.

Prof. Dr. Lapierre's
Einspritzung

heilt*) innerhalb 3 Tagen jeden Ausfluss der Harnröhre sowie weiss Fluss bei Frauen, selbst ganz veralteten. Preis pro Flasche mit Gebrauchanw. 1 Thlr. 20 Sgr. Gegen Einsendung des Betrages discret zu beziehen durch

A. Witt,

Lindenstrasse 18. Berlin.

Am Dienstag, den 14. d. Ms., Vormittags 8 Uhr werde ich mit 80 Stück sehr selten loschenen Gänse, Gewicht von 12 Pfund aufwärts, bei dem Hotel-Sig. Hinzel in Stettin zum grünen Baum, zum Verkauf eintreffen.

Altstädt, den 3. November 1871.

Pape.

Dienst- u. Beschäftigungs-Schnüff.

Gefällt aufsgleich ein 1. Gesangskomitee für Posse und Operette gegen recht gute Gage vom Vorstande des Thalia-Theaters in Hannover.

Ein junger Mann mit den nötigen Schulkenntnissen wünscht in einem Manufaktur- oder Eisen- und Kämmereigeschäft möglich oder zu Neujahr als Gehrling aufgenommen zu werden. Das Nähere zu erfahren bei Gustav Jürek in Uedem.

Stadt-Theater.

Freitag. Zur Schillerfeier: Große Ouverture in C-dur von Beethoven. Prolog v. Fr. Tiez. Würde der Frauen. Männer-Quartett u. Bariton-Solo von J. Bechthold. Lustspiel von Blasewitz. Dramatisches Anekdote in 1 Alt. Wallenstein's Lager. Die Glocke von Fr. v. Schiller mit lebenden Bildern.

Victoria-Theater.

Freitag. Zur Schillerfeier: Die Bürgschaft von Friedrich von Schiller. Die schöne Helena. Komische Operette in 3 Akten von Offenbach.